



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler, Andreas Winhart**
und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen! Umwelt, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich aufgrund der Ukraine Krise und den damit einhergehenden veränderten Bedingungen dafür einzusetzen, dass

1. das Bundesklimaschutzgesetz 2021 rückabgewickelt wird,
2. der Vollzug des European Green Deal auf EU-Ebene eingestellt wird,
3. die einseitige Förderung der Elektromobilität eingestellt wird,
4. die CO₂-Steuer abgeschafft wird,
5. sonstige Energiesteuern in Deutschland auf das EU-Minimum abgesenkt werden.

Begründung:

Der Ausbruch des Coronavirus und die Ukraine Krise schaffen in Verbindung mit dem planwirtschaftlichen CO₂-Vermeidungs-Dogma ein Umfeld, das den Niedergang des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland besiegeln könnte. Deswegen sind weitere ideologische und u. E. nachweislich unwirksame planwirtschaftliche Eingriffe sofort einzustellen. Insbesondere die u. E. wirtschafts- und verbraucherfeindlichen Kostentreiber, die keinen nennenswerten Mehrwert für den Umweltschutz liefern, müssen mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Weiterhin darf kein Steuergeld für die Subventionierung wirtschaftlich nicht tragfähiger Technologien verwendet werden, für die es in der Realwirtschaft keinen Bedarf gibt. Die sog. Klimapolitik und die Energiepolitik haben sich an der Lebenswirklichkeit zu orientieren und die Ziele „Bezahlbarkeit“ und „Versorgungssicherheit“ müssen wieder vorne angestellt werden.

Die Sicherung des Produktionsstandortes Bayern sowie der Wohlstand der Bürger müssen ein vorrangiges Ziel des Staatshandelns sein. Nur die Sicherung von Arbeitsplätzen, Innovationskraft und Lebensgrundlagen schafft eine lebenswerte Zukunft für die bayerischen Bürger. Eine weitere Zentralisierung oder Ausweitung von klimapolitischen Richtlinien und Maßnahmen ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen nicht mehr tragbar.

Das produzierende Gewerbe stellt insbesondere in mittelständischen Unternehmen das Rückgrat der bayerischen Wertschöpfung dar. Die Auferlegung des Green Deals, der sog. Energiewende und weiterer u. E. nachweislich sinnloser Vorhaben mit dem Ziel der Schaffung einer CO₂-neutralen Wirtschaft hat die hier herrschenden Rahmenbedingungen in den letzten Jahren immer realitätsferner und wirtschaftsfeindlicher gestaltet.

Laut der Internationalen Energieagentur war der CO₂-Ausstoß 2021 so hoch wie nie zuvor. Für ca. ein Drittel davon ist allein China verantwortlich.¹ Die Chinesischen CO₂-Emissionen beliefen sich demnach 2021 auf ca. 12 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalent, das

¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/co2-rekordhoch-101.html>

sind fast 19-mal so viel wie die von Deutschland. Dabei ist anzumerken, dass China erst kürzlich seine Energieziele bis 2025 festgelegt hat. Bis zum Jahr 2025 soll demnach die jährliche inländische Energieproduktionskapazität auf über 4,6 Mrd. Tonnen Standardkohlenäquivalent erhöht werden. Das bedeutet eine jährliche Erhöhung der Emissionen um weitere ca. zehn Prozent oder um das 1,7-Fache der gesamten Deutschen CO₂-Emissionen.²

Unsere Bürger und Unternehmen können keinen Aufschub mehr dulden. Unter diesen Bedingungen ist das Festhalten an u. E. unwirksamen CO₂-Vermeidungsstrategien nicht mehr tragbar und ein richtungsweisendes Umdenken hin zu Beschäftigungs- und Wohlstandssicherung ist angezeigt.

² <https://www.klimaneutral-handeln.de/php/kompens-berechnen.php>